

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Das Übel der Gewalt an der Wurzel packen

Ein gesellschaftliches Klima fördern, in dem Gewalt, Fremdenhaß und politischer Extremismus geächtet sind — das ist nach Meinung von Bundeskanzler Helmut Kohl eine der vordringlichen Aufgaben, wenn Straftaten nicht nur konsequent geahndet, sondern nach Möglichkeit von vornherein verhütet werden sollen.

Bei einem Gespräch mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zum Thema „Bekämpfung von Gewalt“ am 27. September in Bonn rief der Kanzler den Zusammenhang zwischen Rechten und Pflichten, zwischen Freiheit und Verantwortung ins Bewußtsein und fragte, wie denn sonst der Zusammenhalt eines Gemeinwesens gesichert werden könne, wenn nicht durch Tugenden wie Bürgersinn, Rücksichtnahme und Mitmenschlichkeit.

Die Zusammensetzung der Gesprächsrunde — so Helmut Kohl — bringe zum Ausdruck, daß die Bekämpfung von Gewalt nicht allein Angelegenheit der Politik und des Staates sei. Und er bekräftigte noch einmal die Meinung, daß es zunächst darauf ankomme, die bestehenden Gesetze voll auszu-schöpfen. Erst wenn das nicht zum Ziel führt, müsse der Gesetzgeber auch bereit sein, das geltende Recht zu verschärfen.

Helmut Kohl forderte dazu auf, nicht nur nach einem einzigen Grund für das Phänomen Gewalt zu suchen. Die richtige Diagnose sei wahrscheinlich ebenso komplex wie das Phänomen selbst. ■

HEUTE AKTUELL

- **Außenpolitik**
UNO-Reform dringend erforderlich. Seite 4
- **Europa**
Bernhard Sälzer: Ob Bundesstaat, Bund oder Staatenbund — das ist ein „falsches Problem“. Seite 5
- **Neue Bundesländer**
Alle Lehrstellenbewerber erhalten Ausbildungsplatz. Seite 6
Gesicherte Finanzausstattung zum Aufbau der neuen Länder. Seite 7
Ein Jahr Erfurter 12-Punkte-Programm. Seite 8
- **Tourismus**
Gesetz soll Reisende vor Veranstalterkonkurs schützen. Seite 13
- **Beamte**
Generalsekretär Peter Hintze: Die CDU steht ohne Wenn und Aber zum Berufsbeamtentum. Seite 15
- **4. Parteitag**
Sonstige Beschlüsse — mit dem Beschluß D2: Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft. Seite 16–23
- **Dokumentation**
Beschäftigung sichern, Arbeitslosigkeit verringern. Grüner Teil

Gewaltbereitschaft durch Erziehungsarbeit in den Familien minimieren

Anlässlich der Sitzung des Bundesfachausschusses „Familienpolitik“ erklärte die Vorsitzende, Maria Michalk:

Der Bundesfachausschuß „Familienpolitik“ der CDU hat sich in seiner Sitzung am 20. September mit der wachsenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, vor allem aber der innerfamiliären Gewalt, befaßt.

Die Familie als die kleinste und wichtigste soziale Einheit ist der Ort, wo am besten charakterliche Qualitäten und soziales Verhalten vermittelt werden können. Keine andere Institution der Gesellschaft kann soviel bewirken wie die Familie. Aber auch nirgendwo anders kann soviel Schaden für die persönliche Entwicklung angerichtet werden.

Wenn die Erziehungsfunktion der Familie versagt, ist die Gefahr für ein soziales Versagen, insbesondere von Jugendlichen, besonders groß. Es ist erwiesen,

daß Gewalterfahrungen in der Familie häufig wesentliche Ausgangsfaktoren für Aggressivität und Gewalt von Kindern und Jugendlichen sind.

Gewaltprävention beginnt deshalb zuerst in jeder einzelnen Familie. Hier üben die Eltern eine zentrale Vorbildwirkung bei der Bewältigung alltäglicher Konflikte aus. Nur wenn Eltern sich mit den Problemen ihrer Kinder verständnisvoll auseinandersetzen, kann jungen Menschen glaubwürdig vermittelt werden, daß Gewalt kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten sein kann.

Verantwortung der Eltern

Jede wissenschaftliche Analyse von Gewaltphänomenen kommt letztendlich zum Schluß, daß gesunde Familienstrukturen die besten Voraussetzungen für eine gewaltfreie Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bieten. Niemand kann den Eltern ihre Erziehungsverantwortung abnehmen.

JU-Bundesgeschäftsstelle mit neuem Computersystem ausgestattet

Seit wenigen Tagen ist die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union in der Annaberger Straße in Bonn mit einer neuen, leistungsfähigeren Computeranlage ausgestattet, die den Anforderungen des geplanten CDU-Kommunikationssystems entspricht.

Mit ihrer Bundesgeschäftsstelle ist die JU somit die erste Vereinigung, die im Rahmen der Neustrukturierung des

Unions-Kommunikationssystems voll einsatzfähig ist. Neben der verbesserten Kommunikation innerhalb des JU-Büros und der Verbindung zum Konrad-Adenauer-Haus bietet das neue System zukünftig auch Serviceleistungen wie die Direktversendung von Pressemitteilungen aus dem Computer oder die Einrichtung direkt abrufbarer Informationen im Wahlkampf.

Generalsekretär Peter Hintze:

Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land

Anläßlich der Woche der ausländischen Mitbürger 1993 erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Die von den Kirchen initiierte Woche muß Signalwirkung entfalten. Ein Signal dafür, daß die überwältigende Mehrheit in unserer Gesellschaft zusammensteht gegen Haß und Gewalt gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern.

Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land. Für die meisten Menschen in unserem Land ist ein partnerschaftliches Miteinander von Deutschen und Ausländern selbstverständlich.

Trotzdem: Randalierer und fremdenfeindliche Hetzer haben in der Vergangenheit das Klima in unerträglicher Weise vergiftet. Sie spiegeln nicht das wahre Gesicht Deutschlands wider. Ihnen ist mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Diejenigen, die unsere ausländischen Nachbarn und Arbeitskollegen mißachten, stehen außerhalb der Gesellschaft. Die CDU verurteilt jede Form von Gewalt gegen Ausländer.

Das diesjährige Motto der Kirchen „Frieden gestalten — Gewalt überwinden“ unterschreiben wir ausdrücklich. Es ist

den Kirchen dafür zu danken, daß sie zu einem ausländerfreundlichen Klima in Deutschland beitragen. Was etwa im Bereich der Ausländerseelsorge geschieht, ist vorbildlich.

Initiativen und Aktionen bewirken, daß Menschen anderer Nationalität, Sprache, Kultur und Religion bei uns willkommen sind. Die CDU unterstützt nachhaltig die Bürger, die unermüdlich haupt- oder ehrenamtlich eine Brücke des Verstehens zu ausländischen Mitbürgern schlagen.

Die CDU steht dafür ein, die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren. Für die mit Aufenthaltsrechten in Deutschland lebenden Ausländer müssen die Integrationsbemühungen unter Achtung ihrer eigenen Kultur und Identität verstärkt werden. Wir begrüßen die erleichterten Einbürgerungsregelungen vom 1. Juli 1993. Eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir jedoch ab. Sie ist kein Mittel zur besseren Integration, durch sie wird das Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern nicht in dem wünschenswerten Maß gefördert.

Aktionen wie die Woche der ausländischen Mitbürger sind ein wichtiger Beitrag zu einem verständnisvollen und toleranten Zusammenleben der Menschen innerhalb unserer Gesellschaft.

Es geht nicht darum, autoritär zu sein, aber darum, daß Erwachsene Autorität vorleben. Es war ein schwerwiegender Fehler, daß in diesem Lande über viele Jahre hinweg bewußt „autoritär“ und „Autorität“ verwechselt wurden.

Bundesjugendministerin Angela Merkel in dem Experten-Gespräch über Jugend und Gewalt am 27. September in Bonn.

UNO-Reform dringend erforderlich

Anläßlich der Eröffnung der 48. Sitzungsperiode der UN-Vollversammlung stellte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU, **Elmar Brok**, den Beschluß des Bundesfachausschusses „Die Bundesrepublik Deutschland und die Reform der Vereinten Nationen“ vor:

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich Bedeutung und Handlungsspielraum der UNO spürbar erhöht.

Gleichzeitig steht die Völkergemeinschaft vor einer Fülle von Problemen und Herausforderungen. Diesen Aufgaben sind die Vereinten Nationen mit ihrer bisherigen administrativen und politischen Struktur nicht mehr gewachsen. Eine Reform des UN-Systems mit dem Ziel einer größeren Schlagkraft, Effizienz und Kompetenz ist daher dringend erforderlich. Dabei sind folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Die Arbeit der UNO muß effizienter werden. Dies kann nur durch einen umfangreichen Katalog von Einzelmaßnahmen erzielt werden. Dazu zählen insbesondere die Harmonisierung und Standardisierung der Verwaltungsmechanismen, Erfolgskontrollen, die Einrichtung eines UN-Welthilfscorps („UN-Grünhelme“), aber auch die Stärkung der Kompetenzen des UN-Generalsekretärs.
- Der Sicherheitsrat muß reformiert werden. Die geplante Erweiterung dieses wichtigsten UNO-Gremiums um zusätzliche ständige Mitglieder darf dessen Handlungsfähigkeit nicht einschränken. Zukünftig müssen auch mittelbare Bedrohungen des Weltfriedens (Umweltzerstörung, weltweiter Drogenhandel, Flüchtlingsströme) in den Verantwortungsbereich des Sicherheitsrats fallen.
- Die Kapazitäten der UNO zur Siche-

rung und Wiederherstellung des Weltfriedens müssen gestärkt werden.

- Herstellung und Weitergabe von Massenvernichtungswaffen müssen verhindert werden.

- Das Profil der UNO im Bereich Umwelt und Entwicklung muß geschärft werden.

- Das Instrumentarium zur Wahrung weltweiter Menschen- und Minderheitenrechte muß wirksamer eingesetzt werden.

Deutschland hat mit dieser grundlegenden UNO-Reform wegen seiner geographischen Lage im Zentrum Europas, als einer der größten Geldgeber für die UN-Organisationen und ein vom freien Weltmarkt stark abhängiges Land ein besonderes Interesse. Die CDU unterstützt daher die Reformbemühungen von UN-Generalsekretär Butrus-Ghali.

Nach der Wiedervereinigung und Erlangung der vollen außenpolitischen Souveränität muß Deutschland bereit sein, aktiver in den Vereinten Nationen mitzuwirken. Daher streben wir einen Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat an. Außerdem werden wir uns für die Streichung der sogenannten Feindstaatenklausel in der UN-Charta einsetzen.

Personalie

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den CDU-Bundestagsabgeordneten **Elmar Müller** zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Post und Telekommunikation (gleichzeitig Sprecher) gewählt. Elmar Müller tritt die Nachfolge von **Gerhard O. Pfeffermann** an, der zum Staatssekretär im Bundesministerium für Post und Telekommunikation berufen wurde.

Bernhard Sälzer:

Ob Bundesstaat, Bund oder Staatenbund – das ist ein „falsches Problem“

Edmund Stoiber unterliegt in seinem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl einem Mißverständnis, das so alt ist wie die Gründungsgeschichte der EG.

Der Streit mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts, ob Europa ein Bundesstaat oder ein Bund oder ein Staatenbund sein wird, beschreibt Professor Walter Hallstein als ein „falsches Problem“.

Unstreitig ist: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft übertragen um des gemeinsamen Erfolges Willen und damit in ihrem ureigensten Interesse Befugnisse, Aufgaben und politische Souveränitätsrechte. Für alle Aufgaben, die der Europäischen Gemeinschaft übertragen werden, muß die Handlungsfähigkeit der Institutionen der Gemeinschaft sichergestellt sein. Das gilt für den Ministerrat, die Kommission und das Europäische Parlament.

Die Gemeinschaft wird also weder ein klassischer Bundesstaat noch ein Staatenbund werden. Die Mitgliedstaaten verzichten auf einen Teil ihrer Souveränitäten; aber eben nicht auf alle.

Am Beispiel der Polizei läßt sich das verdeutlichen. Zur wirksamen Verbrechensbekämpfung ist EUROPOL eine unverzichtbare Voraussetzung. Der Vertrag von Maastricht macht die Errichtung von EUROPOL möglich. Dabei ist unbestritten, daß die internationale Schwermriminalität nicht durch den Binnenmarkt möglich wurde, sondern sich schon längst vorher organisiert hatte.

Das Schaffen von EUROPOL bedeutet nun nicht das Abschaffen der bayerischen Polizei, es bedeutet neben der Lan-

despolizei und dem Bundeskriminalamt auch EUROPOL. Diese europäische Polizeiorganisation muß allerdings dann auch als Exekutive einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

Helmut Kohl verfolgt diese Politik geradlinig und nachvollziehbar. So sagte er am 13. September in Berlin: „Politisch wie wirtschaftlich ist die Einigung Europas für Deutschland eine, wenn nicht die

Anmerkungen des stellvertretenden Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zu einem Brief von Ministerpräsident Edmund Stoiber an Bundeskanzler Helmut Kohl

Schicksalsfrage. Es ist einfach töricht, Nation und Europa als Gegensätze hinzustellen.“

Die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft ist nur sichergestellt, wenn:

- eine klare Abgrenzung der Aufgaben zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten erfolgt,
- die Gemeinschaft nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen arbeitet,
- die Kommission zur „De-facto-Regierung der EG“ wird.

Dies alles fordert auch Edmund Stoiber in seinem Brief. Funktionieren wird das nur, wenn die Aufgaben, die der Gemeinschaft übertragen werden, eine föderale, eine „bundesstaatsähnliche“ Ordnung erhalten. ■

Alle ostdeutschen Lehrstellenbewerber erhalten Ausbildungsplatz

Eine Vereinbarung über die Gemeinschaftsinitiative zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze für Jugendliche aus den neuen Ländern und dem Ostteil Berlins ist am 23. September von den Regierungschefs der neuen Länder und Berlins und — für den Bund — von den Bundesministern Ortleb und Blüm unterzeichnet worden.

Dieses Förderprogramm, mit dem bisher nicht vermittelte ostdeutsche Lehrstellenbewerber ein zusätzliches Ausbildungsangebot erhalten, wird gemeinsam vom Bund und den neuen Ländern einschließlich Berlin sowie zur Hälfte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Der Bundeskanzler hat das Zustandekommen der Vereinbarung begrüßt und auf die Notwendigkeit einer schnellen

Umsetzung hingewiesen. Es sei eines der wichtigsten Ziele der Bundesregierung, allen ostdeutschen Lehrstellenbewerbern auch in diesem Jahr ein Angebot für eine qualifizierte Ausbildung machen zu können.

Dabei hob der Bundeskanzler auch die Bemühungen hervor, die von Seiten der Wirtschaft und der Bundesanstalt für Arbeit vor allem in den letzten Monaten zur Steigerung des betrieblichen Lehrstellenangebots unternommen wurden.

Er dankte allen, die dazu gerade vor Ort tatkräftig beigetragen haben.

Bisher nicht vermittelte Jugendliche in den neuen Ländern hätten jetzt die Chance, ihr Leben auf einer guten Berufsausbildung aufzubauen und damit auch einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland zu leisten.

JU startet Unterschriftenaktion für Erhaltung des Interrail-Tickets

In einem Schreiben an die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der Jungen Union hat JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein dazu aufgefordert, an Info-Ständen und während Veranstaltungen für die Erhaltung des Interrail-Tickets zu werben.

Mit einer europaweiten Unterschriftenaktion, die auch von den europäischen Partnerverbänden der JU unterstützt wird, sollen die nationalen Regierungen dazu aufgefordert wer-

den, sich für die Erhaltung des vor dem Aus stehenden Tickets auszusprechen.

Insbesondere für junge Menschen in den neuen Bundesländern, so die Junge Union, sei das Interrail-Ticket eine wichtige und preisgünstige Möglichkeit, die neu gewonnene Reisefreiheit zu nutzen und andere europäische Länder kennenzulernen.

Nähere Informationen hierzu gibt es in der JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Fax: (02 28) 38 45 20.

Gesicherte Finanzausstattung zum Aufbau der neuen Länder

Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Ländern kann nur gelingen, wenn die konjunkturelle Schwachphase im Westen überwunden wird und die Rahmenbedingungen für ein dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum weiter verbessert werden.

Daher unterstützen die Abgeordneten aus den neuen Ländern trotz einiger Vorbehalte bei bestimmten Sparmaßnahmen im sozialen Bereich das Spar-, Wachstums- und Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung für 1994 und die folgenden Jahre. Dieses wird neben der erforderlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch eine strikte Sparsamkeit sogleich auch durch eine Reihe wichtiger Maßnahmen mittel- und langfristige Wachstum und Beschäftigung schaffen.

So sollen öffentliche Investitionen auf hohem Niveau gehalten und — soweit möglich — verstärkt werden. Aus konjunkturellen Gründen werden öffentliche Aufträge möglichst in das erste Halbjahr 1994 vorgezogen. In den neuen Bundesländern sollen Aufträge aus dem Investitionsfördergesetz Aufbau Ost (IFG) nach 1994 vorgezogen werden. Nach dem IFG stehen den neuen Bundesländern ab 1995 6,6 Milliarden Mark jährlich für einen Zeitraum von 10 Jahren für Investitionszwecke zur Verfügung. Im Hinblick auf diese Mittel können die neuen Bundesländer Aufträge bereits 1994 vergeben.

Die weitere Finanzausstattung der neuen Länder durch Finanztransfer, steuerliche Förderungsmaßnahmen und ein Verbilligungskonzept bei der Verwertung von Liegenschaften ist gesichert.

Beliefen sich die Bruttotransfers im Jahr 1991 schon auf 139 Milliarden Mark, so konnte dieser Betrag 1992 nochmals auf

152 Milliarden Mark gesteigert werden. 1993 werden sich die Bruttotransfers auf 177 Milliarden Mark erhöhen. 1994 werden sie mit 174 Milliarden Mark etwa auf dieser Höhe bleiben. Diese Beträge wurden zu mehr als der Hälfte vom Bund bereitgestellt.

Selbst nach Gegenrechnung von Steuereinnahmen des Bundes aus dem Beitrittsgebiet verbleiben Nettotransfers in einer Größenordnung von insgesamt 107 Milliarden Mark in 1991, 115 Milliarden Mark in 1992, 138 Milliarden Mark in 1993 und 132 Milliarden Mark in 1994.

Ab 1995 sind die neuen Länder voll in den Bund-Länder-Finanzausgleich einbe-

**Von Clemens Schwalbe,
Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion**

zogen. Für 1995 bedeutet dies konkret, daß die Finanzausstattung der neuen Länder im Rahmen des Finanzausgleichs durch ein Transfervolumen von 56,3 Milliarden Mark gesichert wird.

Bis 1994 werden den neuen Bundesländern und ihren Kommunen aus dem Fonds Deutsche Einheit nach der im Rahmen des föderalen Konsolidierungsprogramms erfolgenden Aufstockung insgesamt 160,7 Milliarden Mark zur Verfügung stehen.

Die steuerlichen Förderungsmaßnahmen, wie zum Beispiel einkommensteuerlicher Tariffreibetrag, Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz und dem Investitions-gesetz machen in diesem Jahr rund acht Milliarden Mark aus, wovon der Bund etwa 3,5 Milliarden trägt. ■

Ein Jahr Erfurter 12-Punkte-Programm

Strukturkonzepte: Die im Rahmen der bisherigen Privatisierungen zugesagten Investitionen von über 170 Milliarden Mark sowie 1,45 Millionen Arbeitsplatzzusagen sind ein entscheidender Beitrag auch zur Erhaltung industrieller Kerne. Hauptziel ist die Sicherung der Standorte; z. B. Automobilindustrie (Opel, VW); optische Industrie (Jenoptik/Carl Zeiss Jena).

Ein wichtiger Teil des Solidarpakts sind Vereinbarungen zur „Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne“, die die bisherige Sanierungspolitik deutlicher akzentuiert. Der Kreditrahmen der Treuhandanstalt (THA) wurde zu diesem Zweck und zur Beseitigung ökologischer Altlasten für die Jahre 1993 und 1994 wesentlich erhöht. Die Bundesregierung hat im Juni 1993 in einem Bericht an den Bundestag ein konkretes Konzept vorgelegt, wie der Solidarpakt in diesem Bereich durch die THA umgesetzt wird.

Die THA unternimmt in Zusammenarbeit mit den Ländern wesentliche Anstrengungen zur Sanierung von Unternehmen. Aufwendungen seit der Wiedervereinigung bis Ende 1993: 170 Milliarden Mark (Übernahme von Altschulden, Finanzhilfen, Darlehen, Bürgschaften etc.). Als neue Strukturreform wurden bisher 5 Management KGs gegründet, in denen wichtige Industriebetriebe saniert und nach unternehmerischen Grundsätzen geleitet werden.

Die Bundesregierung hat Hermes-Dekungen in erheblichem Umfang für Liefergeschäfte in die osteuropäischen Märkte zur Verfügung gestellt. Dabei

spielen auch neue Finanzierungskonzepte zum Beispiel Gegengeschäfte mit Rohstoffen eine wichtige Rolle. Ein verstärkter Handelsaustausch mit unseren osteuropäischen Nachbarn durch Abbau von Handelshemmnissen (geregelt in den EG-Assoziierungsverträgen) wird mittelfristig auch neue Absatzchancen für ostdeutsche Unternehmen schaffen.

Die Zahl der auf privatwirtschaftlicher Grundlage in Angriff genommenen Pro-

Bilanz der CDU-Bundestagsabgeordneten aus den neuen Ländern

jekte zur Abwasserentsorgung in den neuen Ländern übersteigt bereits die Zahl der in den alten Ländern realisierten Vorhaben. Der Bundesumweltminister legt hierzu in Kürze einen ausführlichen Zwischenbericht vor.

Die Abgeordneten aus den neuen Ländern unterstützen die Planung eines speziellen Programms zur Förderung von innovativen Produktionsentwicklungen in der Industrie der neuen Länder. Dieses Programm soll die bestehenden Fördermodelle zur Innovationsförderung ergründen.

● Alternative Modelle zur Existenzgründung für ostdeutschen Mittelstand

Dank sehr gut ausgestatteter Existenzgründungs- und Eigenkapitalhilfeprogramme des Bundes (über 30 Milliarden

Mark Kreditvolumen) stieg die Zahl mittelständischer Betriebe in den neuen Ländern auf derzeit rund 410.000. Jetzt umgesetzte Modifikationen sorgen für deutliche Verbesserungen bei der Eigenkapitalbasis des industriellen Mittelstandes. Die Kreditinstitute sicherten zu, sich im Umfang von einer Milliarde Mark an Unternehmen in den neuen Ländern zu beteiligen.

Mietkauf und Mietpachtregelungen erleichtern die kostengünstige Übernahme von Grundstücken durch mittelständische Existenzgründer. Die THA hat jetzt mit fast 8.000 mehr als 55 Prozent der 72er Betriebe privatisiert.

● **Wohnungsbau als Konjunkturmotor**

Der Wohnungsbau ist mit durchweg zweistelligen Zuwachsraten die Konjunkturlokomotive in den neuen Ländern geworden. Die für die Wohnungswirtschaft außerordentlich günstige und weitgehende Altschuldenübernahme von 35 Milliarden Mark durch den Bund, die Verdoppelung des KfW-Modernisierungsprogramms auf jetzt 60 Milliarden Mark, die zweijährige Verlängerung von außerordentlich günstigen Sonderabschreibungen und die gesetzliche Zuschreibung von Grund und Boden auf die Wohnungsgenossenschaften mit zwischen einer bis drei Mark/m², ist ein Investitionsvolumen von jährlich bis zu 30 Milliarden Mark angestoßen worden. Die Versicherungswirtschaft investiert innerhalb von zwei Jahren eine Milliarde Mark im Wohnungsneubau.

● **Investitionszulage für Ostdeutsche**

Anstelle der allgemeinen Investitionszulage für die begünstigten Investitionen in

den neuen Ländern von acht Prozent (ab 1. Juli 1994 fünf Prozent) kann für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und Handwerksbetriebe eine Investitionszulage von 20 Prozent gezahlt werden. Mit der erhöhten Investitionszulage wird ein Investitionsvolumen von maximal einer Million Mark je Betrieb (keine Gebäudeinvestitionen) gefördert. Die öffentlichen und privaten Investitionen pro Kopf der Bevölkerung liegen in den neuen Ländern höher als in den alten Ländern. Damit wird der bestehende Nachholbedarf spürbar abgebaut.

● **Investitionspauschale**

Dank der für 1993 erneut mit 1,5 Milliarden Mark dotierten kommunalen Investitionspauschale können die Kommunen schnell und unbürokratisch Infrastrukturmaßnahmen in Angriff nehmen.

● **Landwirtschaft und Ernährungsindustrie der neuen Bundesländer auf dem Weg nach Europa**

Die Bundesregierung hat seit 1990 rund 14 Milliarden Mark zur Unterstützung des Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesses der Landwirtschaft in den neuen Ländern bereitgestellt. Ein wesentlicher Anteil entfällt auf die Anpassungshilfen (fünf Milliarden Mark) zur Überbrückung des Preisbruchs und zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit. Gleichzeitig werden der Umbau und die Modernisierung mit speziell auf die neuen Länder zugeschnittenen Maßnahmepakete gefördert.

Es ist gelungen, in der EG Regelungen durchzusetzen, die die spezifischen Belange der ostdeutschen Agrarwirtschaft besonders berücksichtigt. Durch die Beschlüsse im Rahmen der EG-Agrar-

form erhält die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe weitere Impulse. Mit der Entscheidung für Güstrow als Standort für die Fachagentur Nachwachsender Rohstoffe kommt den neuen Ländern eine besondere Bedeutung bei der Erschließung dieser wichtigen Zukunftsmärkte zu.

● Vereinfachtes Recht – der Weg zur Entbürokratisierung in Deutschland

Für besonders vordringliche Verkehrsinvestitionen sorgen Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz und Investitionsmaßnahmegesetze sowie das Planungsvereinfachungsgesetz. Das neue Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz beschleunigt und erleichtert die Planungs- und Genehmigungsverfahren für Investitionen bei Wohn-, Gewerbe- und Umwelanlagen und bei der Ausweisung und Erschließung von Wohnbauland. Die beiden zuletzt genannten Gesetze setzen unter anderem wichtige im Osten gewonnene Erfahrungen bei der Entbürokratisierung in den alten Ländern um.

● Soziale Sicherheit und Lebensqualität – Arbeitsmarkt und Bildung Ost

Seit dem 1. Januar 1993 ermöglicht § 249 h des Arbeitsförderungsgesetzes, für Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, soziale Dienste und Jugendhilfe einen Lohnkostenzuschuß in Höhe der pauschalisierten Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Mit diesem neuen Dokument wird Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Die Mittel reichen für bis zu 70.000 Förderfälle in 1993. Der Bundesminister für Bildung und Wis-

senschaft fördert verstärkt die Entwicklung von Qualifizierungskonzepten, in denen Lernen und Arbeiten am Arbeitsplatz aufeinander bezogen werden. In einem Programm „Regionale Weiterbildungshilfen“ stehen insbesondere für die Förderung der betrieblichen Weiterbildung bis 1994 rund 16,5 Millionen Mark zur Verfügung. Zur Nachqualifizierung und Umschulung von Hoch- und Fachhochschulabsolventen der ehemaligen DDR gibt es eine Fülle von Weiterbildungsmöglichkeiten. Für Fernstudienbrückenkurse hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in den Jahren 1991 bis 1993 rund 2,6 Millionen Mark bereitgestellt. Diese für die Nachqualifizierung wichtigen Maßnahmen werden inzwischen in allen neuen Bundesländern angeboten.

Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind in diesem Jahr einschließlich Unterhaltsgeld 9,9 Milliarden Mark für Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung in den neuen Ländern veranschlagt. Damit können rund 380.000 Arbeitnehmer gefördert werden.

● Rentenangleichung gesichert

Durch das Rentenüberleitungsgesetz gilt gleiches Rentenrecht in ganz Deutschland. Die monatliche Eckrente eines Durchschnittsverdieners ist bis zum 1. Juli 1993 von 672 Mark (1990) auf 1.357 Mark gestiegen. Damit hat sie fast 3/4 des Westrentenniveaus erreicht. Der Finanztransfer innerhalb der Rentenversicherung von den alten in die neuen Bundesländer erreicht 1993 rund 19 Milliarden Mark. Zum 1. Juli 1993 ist die Rentenfeststellung und Rentenberechnung zugunsten der Antragsteller vereinfacht worden. Damit ist eine zügige Abarbeitung des Rentenantragstaus des Jahres 1992 sichergestellt.

● **Gemeinsames Denken und Handeln fördern**

1992 hat der Bund Kulturmittel für die neuen Bundesländer in Höhe von insgesamt rund 1,2 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. 830 Millionen Mark davon werden im Rahmen der kulturellen Übergangsfinanzierung eingesetzt, die insgesamt degressiv angesetzt ist. Der ursprünglich für 1993 vorgesehene Übergangsfinanzierungsbetrag ist um 350 Millionen Mark auf 650 Millionen Mark aufgestockt worden. Das kulturelle Netz hat gehalten. Zugleich ist ein Beitrag zu einer funktionierenden bundesstaatlichen Ordnung geleistet worden, damit Bundesländer und Kommunen ihre kulturpolitischen Aufgaben künftig selbst wahrnehmen können. Für 1994 wird jedoch eine weitere finanzielle Unterstützung für erforderlich gehalten.

● **Finanzierung – Pakt der Vernunft für den Aufbau Ost**

Die effektiven Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern haben Ende 1992 ein Niveau von 63 Prozent der Westlöhne und -gehälter erreicht. Die tariflichen Grundlöhne und -gehälter ohne Zulagen beliefen sich Ende 1992 auf

bereits 73 Prozent des westlichen Niveaus. 1993 erfolgen weitere Schritte zur Lohnanpassung, wobei die vollständige Angleichung auf das Westniveau zeitlich gestreckt werden muß. In der Metall- und Elektroindustrie sowie im Stahlbereich sind im Mai 1993 zusätzlich Härtekláuseln vereinbart worden, die ein befristetes Abweichen von den Tarifbestimmungen erlauben.

● **Sicherung der Finanzausstattung der östlichen Bundesländer**

Ab 1995 sind die neuen Länder voll in den Bund-Länder-Finanzausgleich einbezogen. 1995 bedeutet dies konkret, daß die Finanzausstattung der neuen Länder im Rahmen des Finanzausgleichs durch ein Transfervolumen von rund 56 Milliarden Mark gesichert wird. Als Ergebnis des Solidarpakts werden bis 1994 in den neuen Bundesländern und ihren Kommunen aus dem Fonds Deutsche Einheit nach der im Rahmen des förderalen Konsolidierungsprogramms erfolgenden Aufstockung insgesamt 160,7 Milliarden Mark zur Verfügung stehen. Der Schuldenstand der neuen Länder und Gemeinden pro Kopf der Bevölkerung liegt gegenwärtig unter dem in den alten Bundesländern.

Unternehmen schaffen Sprung in Marktwirtschaft

Mehr als 90 Prozent aller an ihre früheren Besitzer zurückgegebenen Unternehmen in Sachsen-Anhalt haben den Sprung in die Marktwirtschaft geschafft.

Sie beschäftigen heute zwar ein Drittel weniger Mitarbeiter als zum Zeitpunkt der Reprivatisierung, beginnen jedoch

allmählich mit Neueinstellungen und investieren Milliardenbeträge.

Das geht aus einer Studie hervor, die Justizminister Walter Remmers und der Präsident des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen, Jürgen Schurwanz, in Magdeburg vorgestellt haben.

Geldwäschegesetz verabschiedet

Bundestag und Bundesrat haben am 24. September dem Geldwäschegesetz in der Fassung, die es zwei Tage zuvor im Vermittlungsausschuß gefunden hat, zugestimmt.

Mit dem Geldwäschegesetz wird Banken die Verpflichtung auferlegt, bei baren wie auch bei unbaren Geldgeschäften ab einem bestimmten Schwellenwert den Kunden zu identifizieren.

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach der Einführung des Straftatbestandes der Geldwäsche durch das Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität im vergangenen Jahr ist hiermit die Grundlage für eine erfolgreiche Ermittlungsarbeit gelegt. Mit dem Tatbestand der Geldwäsche ist das Anlegen und Inverkehrbringen z.B. von Drogengewinnen unter Strafe gestellt. Mit der im Geldwäschegesetz geregelten Identifizierungspflicht erhalten die Polizeibehörden tatsächliche Anhaltspunkte für ihre Ermittlungen in Sachen Geldwäsche.

Wie bereits vom CDU-Parteitag im September 1993 in Berlin gefordert, wird es keine Privilegien für Berufsgeheimnisträger geben. Der ursprüngliche Gesetzentwurf wurde im Laufe der parlamentarischen Beratungen in wesentlichen Punkten verbessert:

- Das sog. „Anwaltsprivileg“ ist ebenso entfallen wie die Sonderregelungen für Strafverteidiger.
 - Der Schwellenwert, von dem ab Identifizierungspflicht bei Geldtransaktionen besteht, wurde von ursprünglich 30.000 bzw. 50.000 DM für unbare bzw. bare Geldgeschäfte auf einheitlich 20.000 DM gesenkt.
 - Die Frist, innerhalb der Ermittlungsbehörden zu prüfen haben, ob das Geld endgültig angehalten werden soll, weil ein Fall von Geldwäsche vorliegt, und für die die Geldtransaktion vorübergehend gestoppt werden kann, wurde auf 2 Werktage verlängert.
- Damit ist eine praktikable Regelung getroffen, die verhindert, daß Deutschland Finanzplatz für Geldwäsche internationaler Rauschgifthändler wird. Ein weiterer Mosaikstein zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist gelegt. ■

Senioren-Union Thüringen für gelbe Telefonzellen

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Senioren-Union Thüringen, Helmut Gutbier, sollte die Telekom die Telefonzellen schnellstmöglich wieder in dem seit Generationen bekannten Gelb aufstellen.

Die modischen Farben der neuen Telefonzellen ließen diese in der poppigen und bunten Boutiquen- und Geschäftlandschaft der Städte voll-

kommen verschwinden. Vor allem alte Menschen hätten extreme Schwierigkeiten, die neuen Telefonzellen überhaupt im Straßenbild zu finden.

Nicht alle Zeitgeist-Trends, so Helmut Gutbier, seien zu gebrauchen und müßten mitgemacht werden. Die Feuerwehr ist rot, die Polizei grün, die Telefonzellen werden am besten wieder gelb.

Gesetz soll Reisende vor Veranstalterkonkurs schützen

Gestrandete Pauschalurlauber in fernem Urlaubsländern ohne Hotel und Rückflugmöglichkeit wie in diesem Sommer wird es im nächsten Jahr nicht mehr geben. Noch bis zum Jahreswechsel 1993/94 wird der Deutsche Bundestag ein Gesetz verabschieden, das bei Insolvenz und Konkurs eines Reiseveranstalters die Rückreise und vollen Schadensersatz sicherstellt.

Die spektakulären Pleiten dieses Sommers zeigen, daß ein solches Gesetz zweckmäßig ist. Zwar hatte in der Vergangenheit die Reisebranche in Solidaritäts-Aktionen derart gestrandete Urlauber stets freiwillig und kostenlos zurückbefördert. In diesem Jahr aber zögerte sie, weil bei den Angeboten von MP Travel und anderen für jeden mit gesundem Verstand urteilenden Verbraucher die kriminelle Unseriosität nicht zu übersehen war. Wer leichtfertig so offensichtlich unseriöse Schnäppchen machen will, muß eigentlich schon selbst dafür gerade stehen, war die Meinung der Branche. In jedem Fall wird im nächsten Jahr niemand mehr um seine Heimreise oder um sein Geld bangen müssen.

Problemlos finanziert

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in die Beratungen eine Regelung einbringen, daß der zusätzliche Verbraucherschutz auch von kleinen und mittleren Unternehmen problemlos finanziert werden kann und nicht nur von den großen Reiseveranstaltern. Zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen kleinen und großen

Unternehmen darf es auch im Interesse des Verbraucherschutzes nicht kommen.

Der von der Bundesjustizministerin vorgelegte Gesetzentwurf, der von jedem Veranstalter individuell eine Bankbürgschaft oder eine Versicherung verlangt, ist so nicht praktikabel. Optimale Lösungen lassen sich nur in Modellen erreichen, bei

Von Rolf Olderog, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus, und Klaus-Heiner Lehne, Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

denen möglichst viele, insbesondere auch neben den kleinen die ganz großen Veranstalter zusammengefaßt sind.

Auf freiwilliger Basis

Es zeichnet sich nach wiederholten, intensiven Beratungen mit den Reiseveranstaltern und ihren Verbänden ab, daß auf freiwilliger Basis solche Gemeinschaftsmodelle für einen großen Kreis von Veranstaltern erreicht werden können. Schon heute liegen einige dieser Modelle auf dem Tisch. Sollte sich herausstellen, daß sie wegen mangelnder Solidarität der Branche oder aus rechtlichen Gründen nicht zu verwirklichen sind, so beabsichtigt die CDU/CSU-Fraktion auf gesetzlichem Wege einen für alle Reiseveranstalter verpflichtenden gemeinsamen Garantiefonds zu schaffen.

Das neue Verfassungsschutzgesetz ist Schande für Niedersachsen

Als eine „Schande für Niedersachsen“ hat der Spitzenkandidat der CDU für die kommende Landtagswahl, Christian Wulff, das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz bezeichnet, nach dem im Gegensatz zum Verfassungsschutzgesetz des Bundes eine Beobachtung der rechtsradikalen Partei „Die Republikaner“ nicht möglich ist.

Dies geht aus einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg hervor, in dem eine Beschwerde des niedersächsischen Innenministeriums zurückgewiesen wird.

„Die rot-grüne Landesregierung hat bei der Änderung des Verfassungsschutzgesetzes im Jahre 1992 diese Folge sehenden Auges in Kauf genommen. Das Urteil ist die zwingende Konsequenz aus dem politischen Willen der Grünen, den niedersächsischen Verfassungsschutz ganz abzuschaffen“, erklärte Wulff.

Wulff wies darauf hin, daß während der Beratungen des Gesetzes die CDU-Landtagsfraktion, aber auch das Bundesministerium des Innern wiederholt und nachdrücklich genau die schwerwiegenden Bedenken vorgetragen haben, die jetzt durch das Urteil bestätigt werden. Das Gesetz war deshalb damals von der CDU abgelehnt worden.

„Die Behauptung Trittins, daß der Verfassungsschutz zur Observation verfassungsfeindlicher Gruppierungen und Parteien nicht nötig sei, wird durch das Verhalten Innenministers Glogowski widerlegt“, erklärte Wulff. „Denn sowohl seine Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg als auch die niedersächsische Initiative zum Verbot der rechtsextremen FAP stützt Glogowski auf

Material des Verfassungsschutzes. Peinlich ist allerdings, daß er dazu auf Material des Verfassungsschutzes des Bundes und anderer Bundesländer zurückgreifen muß. Denn der niedersächsische Verfassungsschutz ist aufgrund des hiesigen Verfassungsschutzgesetzes und der Entscheidung der rot-grünen Landesregierung zur Observation nicht mehr in der Lage. Diese Politik hat Trittin noch vor wenigen Monaten als einen ‚schönen Erfolg‘ bezeichnet.“

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Ernst-Henning Jahn, forderte Innenminister Glogowski auf,

Christian Wulff: Man darf über Brände keine Krokodilstränen vergießen, wenn man vorher den Feuermelder bewußt ausgeschaltet hat.

eine sofortige Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes vorzubereiten, die wenigstens die im Gerichtsurteil deutlich gewordenen, schwerwiegenden Mängel des derzeitigen Gesetzes beseitigte. Er sagte dafür die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion zu.

Da eine entsprechende Novellierung von der derzeitigen rot-grünen Landesregierung allerdings nicht zu erwarten sei, kündigte Spitzenkandidat Christian Wulff eine entsprechende Änderung im Rahmen des Sofortprogrammes einer CDU-geführten Landesregierung an. Der Landesregierung hielt er vor: „Man darf über Brände keine Krokodilstränen vergießen, wenn man vorher die Feuermelder bewußt ausgeschaltet hat.“

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zum Berufsbeamtentum

Zum 40. Jahrestag des Inkrafttretens des Bundesbeamtengesetzes erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Ich möchte das Inkrafttreten des Bundesbeamtengesetzes am 1. September 1953 zum Anlaß nehmen, den Bediensteten im öffentlichen Dienst, den Angestellten und Beamten, für ihre Tätigkeit, die sie in unseren Gemeinden, in unseren Ländern und im Bund für die Allgemeinheit ausüben, zu danken.

Das Berufsbeamtentum hat seinen festen Platz für politische Stabilität und Demokratie in unserer gesellschaftlichen Ordnung. Unparteiisch und konsequent versehen in Deutschland Tag für Tag Hunderttausende von Beamten ihren Dienst und gewährleisten damit die öffentliche Daseinsvorsorge.

Die CDU steht ohne Wenn und Aber zum Berufsbeamtentum. Das wird sich auch durch den Prozeß der europäischen Einigung nicht ändern. Der Staat muß seine Handlungsfähigkeit durch Bedienstete, die zu ihm in einem besonderen Treueverhältnis stehen, sichern.

Die Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist kein „Job“, sie ist Dienst für alle Bürgerinnen und Bürger. Diese Leistungsbereit-

schaft, die hervorragende Ausbildung und der Fachverstand, der im öffentlichen Dienst beheimatet ist, ist in dem Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands in besonderer Weise deutlich geworden. Der Einigungsvertrag ist eine großartige Leistung und ein echtes Meisterstück des öffentlichen Dienstes.

Der Aufbau in den neuen Ländern wäre ohne die Hilfe und den Einsatz von westdeutschen Beamten und Angestellten in ostdeutschen Ländern in so kurzer Zeit nicht möglich gewesen. Dem müssen wir alle Anerkennung zollen.

Beamten wird oft vorgeworfen, daß sie nicht kündbar seien und über eine hervorragende Altersversorgung verfügten. In diesem Zusammenhang ist nicht nur auf die vielfach bessere Bezahlung vergleichbarer Positionen in der freien Wirtschaft zu verweisen, sondern auch darauf, daß gerade im Bereich des Polizeidienstes wie auch bei den Finanzämtern Stellen wegen mangelnder Attraktivität nicht besetzt werden können.

Hier ist die Politik gefordert, Strategien zu entwickeln, das Berufsbeamtentum zu sichern und die Attraktivität gegenüber dem Konkurrenten „freie Wirtschaft“ zu erhöhen.

„Grundzüge der Haushaltsplanung hessischer Gemeinden“

ist der Titel einer neuen Veröffentlichung der „Kommunalen Fachliteratur“ im deutschen Kommunal-Verlag Dr. Naujoks & Behrendt (1992, 158 Seiten, Preis: 18,90 DM). Der Autor, Stefan Zahradnik, hat das Buch für all diejenigen geschrieben, die sich mit der Haushaltsplanung der Gemeinden in Hessen befassen möchten — sei es als Mitglieder von Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen oder Gemeindevorständen, als Beschäftigte von Kommunalverwaltungen, als Studenten oder einfach als interessierte Bürger.

Sonstige Beschlüsse des 4. Parteitags

Die Beschlüsse zu Innerer Sicherheit, Radikalismus und Bildungspolitik sind bereits in den UID-Ausgaben 27 und 28 erschienen.

Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung, der Partei-Gerichtsordnung und der Geschäftsordnung

Beschluß Nr. C1

In § 6 (Antragsrechte) der Geschäftsordnung der CDU (GO CDU) vom 23. 6. 1975, zuletzt geändert am 26. 10. 1992, wird in dessen Absatz 1 eingefügt:

„6. die Bundesfachausschüsse der CDU zu den jeweiligen Leitthemen eines Parteitag.“

Beschluß Nr. C5

In § 18 (Kreisverbände) des Statuts erhält in Absatz 3 der letzte Satz unter ersatzloser Streichung der Worte „in seinem Auftrag und“ folgende Neufassung:

„Der Kreisverband kann seinen Untergliederungen gestatten, unter seiner vollen Aufsicht über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die dazugehörenden Belege eine Kasse zu führen.“

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. D1

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

- die Personalstärke der Bundeswehr ausschließlich am Sicherheitsbedarf und nicht an der Haushaltslage zu orientieren. An der bis 1995 festgelegten Stärke von 370.000 Mann ist auf absehbare Zeit festzuhalten;

- eine Wehrpflichtigen-Armee unbedingt beizubehalten;
- Wehrpflichtige nur auf freiwilliger Basis im Rahmen von friedenserhaltenden und friedenswiederherstellenden Maßnahmen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen einzusetzen;
- Wehr- und Dienstgerechtigkeit sicherzustellen.

Beschluß Nr. D2

Die Festigung der transatlantischen Partnerschaft – Empfehlungen für die neunziger Jahre

Die Atlantische Allianz war in den Zeiten des Ost-West-Konfliktes Garant für Freiheit, Wohlstand und Frieden der westlichen Demokratien. Die großen Aufgaben der kommenden Jahre erfordern auch in Zukunft eine Festigung und Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft in Politik, Sicherheit, Wirtschaft und Kultur. Die Schaffung und Sicherung ökonomischer Grundlagen unserer nationalen und internationalen Handlungsfreiheit, die Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft in den Staaten Osteuropas, Friedenssicherung in und für Europa sowie die Bewältigung neuer globaler Herausforderungen bedingen einen immer engeren Zusammenschluß der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada, als Partner unter Gleichen,

die eine transatlantische Handlungseinheit formen wollen.

Die Staaten der Atlantischen Gemeinschaft teilen ein gemeinsames Erbe. Sie sind verbunden in ihrem Glauben an die Werte der Menschenwürde, der geistigen Freiheit und der bürgerlichen Freiheiten sowie an die demokratischen Institutionen, die sich auf beiden Seiten des Atlantiks über die Jahrhunderte hinweg entwickelt haben. Die Teilhabe der Vereinigten Staaten wie auch Kanadas an der europäischen Politik einschließlich ihrer physischen Präsenz ist essentiell für politische Stabilität, militärisches Gleichgewicht und wirtschaftliches Wohlergehen des europäischen Kontinents. Die Überwindung der Teilung Europas, ein demokratisches Deutschland, das seine Einheit in Frieden und Freiheit erreicht, wären ohne das amerikanische Engagement und ohne die deutsch-amerikanische Freundschaft und Partnerschaft nicht möglich gewesen. Die transatlantische Orientierung des neuen Europas zu gestalten, die traditionellen engen historischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande zu festigen und die transatlantische Solidarität in der ganzen Vielfalt ihrer internationalen Beziehungen zu stärken, bleibt eine Hauptaufgabe deutscher Außen- und Europapolitik. Unter Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Freundschaft, der freundschaftlichen Beziehungen zu Kanada und auf der Basis des Nordatlantischen Vertrages sowie der transatlantischen Erklärungen vom November 1990 wird sie sich dabei von den nachstehenden Grundüberlegungen leiten lassen.

I. Transatlantische Partnerschaft ist Garant freien Welthandels und wirtschaftlicher Prosperität.

1. Enge Kooperation der führenden

Industriemächte in der Wirtschafts-, Währungs- und Handelspolitik ist Voraussetzung für gesundes wirtschaftliches Wachstum. Sie schafft die Grundlagen zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben. In der Zeit des Ost-West-Konflikts haben die Vereinigten Staaten außenwirtschaftliche Interessen übergeordneten strategischen Zielen untergeordnet. In den 90er Jahren müssen beide Seiten des Atlantiks praktizieren, daß nationale wirtschaftliche Interessen dem gemeinsamen Ziel weltwirtschaftlichen Wachstums untergeordnet sind.

2. Transatlantische Kooperation ist der Schlüssel für die Fortentwicklung multilateralen Freihandels und Voraussetzung für Marktöffnungsstrategien. Sie ist nur dann erfolgreich, wenn die Europäische Union und die Staaten Nordamerikas die Uruguay-Runde im GATT zum Abschluß bringen und die Prinzipien globalen Freihandels in der Praxis beherzigen. Konzepte eines „fairen Handels“, eines „Managed trade“ oder der Regionalisierung laufen auf Dauer den Leitbildern globaler freier Wirtschaft zuwider. Aktuelle Handelskonflikte dürfen nicht protektionistischen Strömungen in die Hände spielen. Wettbewerbsfähigkeit beginnt zu Hause. Aber Wettbewerbsdruck darf nicht zur Abkehr von internationaler Kooperation führen. Reform des EG-Agrarmarkts und Liberalisierung des Agrarhandels sind auch ein Gebot gegenüber den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt.

3. Abbau von Haushaltsdefiziten und gleichzeitig produktive Investitionen sind die Herausforderung, die sich beiderseits des Atlantiks stellt. Sie muß abgestimmt und gemeinsam angegangen werden. Vor diesem Hintergrund muß die G7 ihre Rolle und bisherigen Erfahrungen überprüfen. Die Schaffung einer Europäischen Währungsunion wird somit auch

die monetäre Voraussetzung einer Partnerschaft unter Gleichen.

II. Die Entwicklung Osteuropas ist eine transatlantische Aufgabe.

1. Die Entwicklung der Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu Demokratie und Marktwirtschaft in einer stabilen euroatlantischen Ordnung ist eine globale Aufgabe, die alle reichen Industrienationen fordert. Das vitale Interesse der Staaten der Europäischen Union und Nordamerikas an politischer und wirtschaftlicher Stabilität Gesamteuropas sowie die darin begründete besondere Verantwortung verpflichten sie zu engem koordinierten Vorgehen, zu Führungsverantwortung in multilateralen Gremien und zur Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen.

2. Neben der geistigen Neuorientierung und Transformation, stabilen politischen Strukturen mit Schutz der Minderheiten ist die Schaffung von Wohlstand und die Beseitigung der Erblast kommunistischer Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung Europas und die Eindämmung gefährlicher Nationalismen. Die vielfältigen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen der G7, der Europäischen Gemeinschaft, aber auch auf bilateraler Ebene greifen nur, wenn die Adressaten die Voraussetzungen erfüllen. In gleicher Weise entfaltet nur eine eng koordinierte Gesamtstrategie der Staaten der Europäischen Union und Nordamerikas ihre volle Wirksamkeit. Sie werden dabei die unterschiedlichen Ausgangslagen der Nachfolgestaaten der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Staaten ebenso berücksichtigen wie die eigenen unterschiedlichen geopolitischen Interessen, historischen Erfahrungen und Traditionen in den politischen und wirt-

schaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West. Die daraus erwachsenden Chancen arbeitsteiligen Vorgehens wird die Atlantische Gemeinschaft nutzen. Doch gilt es dabei folgendes zu berücksichtigen:

a) Die Konzeptionen der Ausgestaltung marktwirtschaftlicher Ordnungen sind auch bei den westlichen Ländern nicht einheitlich. Daraus resultierende unterschiedliche Transformationsansätze müssen in der Beratungshilfe stärker als bisher bewußt sein.

b) Die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für Stabilisierungs- und Reformmaßnahmen darf nicht auf den Schultern weniger liegen. In der künftigen Lastenverteilung muß zum Ausdruck kommen, daß es sich um gemeinsame Investitionen in die Zukunft und nicht um Abtragung von alten Verpflichtungen handelt.

c) Wie Osteuropa Zukunftsmarkt für alle Staaten der Atlantischen Gemeinschaft ist, so müssen die Europäische Gemeinschaft und die Staaten Nordamerikas ihre Märkte öffnen, um Hilfe zur Selbsthilfe Erfolg werden zu lassen.

d) Eine Arbeitsteilung zwischen beiden Seiten des Atlantiks, die Sicherheit und Wirtschaftspolitik trennt oder auf Exklusivität von Beziehungen setzt, schwächt die Gesamtstrategie.

3. Die Atlantische Gemeinschaft trägt gemeinschaftliche Verantwortung für die äußeren Rahmenbedingungen des Transformationsprozesses in Osteuropa. Sie muß dabei den Gefahren aus dem Zerfall der Sowjetunion mit der ihm eigenen Dynamik, insbesondere den nuklearen Risiken, ebenso Rechnung tragen wie den neuen, gewandelten Sicherheitsbedürfnissen der osteuropäischen Staaten und neuen nationalen Konfliktpotentialen. Die KSZE ist Grundlage und Forum,

Demokratie und Menschenrechte immer fester zu etablieren. Doch sie ist eine ungenügende Antwort auf die neuen Gefahren und Risiken. Angesichts dieser Herausforderung werden die Atlantische Allianz und die WEU in dem Maße, wie diese Staaten in die Europäische Union integriert werden, eine immer engere Anbindung bieten. Dabei sind eine Fülle von Formen der Kooperation bis hin zu einer Vollmitgliedschaft noch auszuloten.

Während die geostrategische Lage Rußlands, seine riesigen Potentiale eine Mitgliedschaft im Bündnis ausschließen, bleibt dieses angewiesen auf kooperative Partnerschaft Moskaus für Stabilität in Europa. Ein in den nuklearstrategischen Beziehungen begründetes Sonderverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bedarf der entsprechenden atlantischen Einbettung.

III. Die Atlantische Allianz bleibt das vorrangige Bündnis für Sicherheit in und für Europa.

1. Europäische und atlantische Sicherheit sind nicht zu trennen. Insofern stärkt eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union die Atlantische Allianz. Europäische Verteidigungsidentität muß sich aber immer ihrer Komplementarität zur transatlantischen Sicherheit bewußt bleiben.

2. Ein gewandeltes internationales Umfeld, neuartige Bedrohungen und Gefährdungen, ein geänderter Stellenwert traditioneller Sicherheitspolitik in der Weltpolitik, die Bildung europäischer Sicherheitsidentität begründen eine Anpassung der NATO, bekräftigen aber gleichzeitig ihren Vorrang, als Bündnis zur Wahrung von Sicherheit in und für Europa.

3. Die NATO bleibt sicherheitspoliti-

sche und nukleare Rückversicherung ihrer Mitgliedstaaten und Stabilitätsanker euroatlantischer Ordnung. Sie wird ihre politische Rolle gegenüber den Staaten Osteuropas intensivieren und die Möglichkeiten des Nordatlantischen Kooperationsrats, insbesondere der Vertrauensbildung, weiter ausloten. Sie soll die Fähigkeiten erwerben, auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen europäischer Sicherheit friedenerhaltende und friedenschaffende Maßnahmen in und für die Sicherheit des Atlantischen Verbundes durchzuführen.

4. Die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten für Stabilität und Balance in Gesamteuropa findet Ausdruck in einer angemessenen, handlungsfähigen physischen Militärpräsenz. Ihr muß ein adäquater Beitrag — Ausrüstung und Stärke der Streitkräfte, finanzielle Ausstattung und politischer Wille — an europäischer Eigenverantwortung gegenüberstehen. Multinationale Verbände beiderseits des Atlantiks werden den Zusammenhalt ebenso stärken wie Rüstungskooperation auf einem gemeinsamen Beschaffungsmarkt. Lastenteilung heißt zuerst Arbeitsteilung innerhalb des Bündnisses auf sicherheitspolitischem Gebiet. Wie die Fortentwicklung von Auftrag und Strategie das gewandelte internationale Umfeld reflektiert, wird auch die innere Struktur des Bündnisses geänderten internen Kräfteverhältnissen und Rollen Rechnung tragen.

IV. Neue globale Aufgaben fordern einen transatlantischen Handlungsverbund.

Die Bewältigung staatenübergreifender Herausforderungen gelingt nur, wenn die Europäische Union, ihre Mitgliedstaaten

und die Staaten Nordamerikas die Prioritäten und Strategien gemeinsam formulieren und umsetzen.

Die dringendste und potentiell gefährlichste Herausforderung ist die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Ihre Eindämmung schließt rigide nationale wie internationale multilaterale Kontrollregime ebenso ein wie die Stabilisierung von Krisenregionen und die Bereitschaft zu Sanktionen bei Verstößen. Nichtweiterverbreitungspolitik braucht deshalb den strategischen Verbund der Atlantischen Gemeinschaft. Insbesondere die Bewältigung des nuklearen Erbes der ehemaligen Sowjetunion kann nur in der koordinierten Einbringung amerikanischer und europäischer Ressourcen und Erfahrungen zum Erfolg führen.

Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit geworden. Die kommenden Jahre bieten die Chancen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und die Staaten Europas diese Aufgabe wieder im Gleichklang betreiben. Mit der gemeinsamen Umsetzung der Beschlüsse von Rio, insbesondere mit der konsequenten Durchführung des CO₂-Minderungsprogrammes, gewinnt Umweltpolitik national wie international neue Handlungsspielräume. Der Atlantische Verbund muß auch dem untrennbaren Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung Rechnung tragen. Das Konzept einer globalen Umweltpartnerschaft kann zur gemeinsamen Marschroute werden.

Migration und Flüchtlingswellen treffen die Staaten beiderseits des Atlantiks unterschiedlich. In dem Maße aber, wie sie soziale Kohärenz der europäischen Gesellschaften gefährden und Konfliktpotentiale schaffen, werden sie zu einem internationalen Faktor, der das politische und wirtschaftliche Umfeld der Atlanti-

schon Gemeinschaft gefährdet. In der Bekämpfung der Ursachen liegt der Ansatz einer gemeinsamen Strategie.

V. Die institutionelle Absicherung der transatlantischen Partnerschaft bestimmt sich aus ihren Aufgaben.

1. Die traditionellen Konsultations- und Entscheidungsgremien der Atlantischen Allianz, die Konsultationsverfahren der Transatlantischen Erklärungen und die globalen, multilateralen Organisationen wie IWF, Weltbank und GATT bleiben ebenso unerlässlich für die Koordination und Umsetzung transatlantischer Politik wie das Gremium der G7. Die zunehmende Übertragung nationaler Kompetenzen im Prozeß der Entwicklung zur Europäischen Union, die systematische Vertiefung aller Bereiche der transatlantischen Beziehungen wie neue und gewandelte Anforderungen an die transatlantische Gemeinschaft machen aber institutionelle Anpassungen und, wo nötig, Neuerungen erforderlich.

2. Zur Partnerschaft in der Führung bedarf es eines transatlantischen Seismographen. Im gemeinsamen Willensbildungsprozeß muß neben den nationalen Regierungen die Europäische Union einschließlich der parlamentarischen Ebene stärker als bisher zum Tragen kommen. Eine transatlantische wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit nach dem Modell der EPZ könnte die Umsetzung transatlantischer Politik in multilateralen Organisationen vorbereiten und fördern. Mit der zunehmenden Herausbildung der neuen europäischen und transatlantischen Strukturen zeichnen sich auch Bedarf und Möglichkeit eines den Washingtoner Vertrag ergänzenden Vertrages zwischen der Europäischen Union und

den USA ab. Bereits jetzt sollten die Gespräche darüber beginnen und geeignete Foren und Inhalte eruiert werden.

Beschluß Nr. D3

Die CDU begrüßt den auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl geplanten EG-Sondergipfel nach Abschluß des Ratifizierungsverfahrens der Verträge von Maastricht. Damit wird deutlich, daß der Vertrag von Maastricht kein Schlußpunkt, sondern der eigentliche Beginn der Entwicklung zur Politischen Union ist.

Das durch den Vertrag von Maastricht eingeführte Subsidiaritätsprinzip eröffnet die Möglichkeit einer klaren Abgrenzung von Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und der EG. Die CDU unterstützt die Politik der Bundesregierung, aus der Politischen Union keinen europäischen Zentralstaat werden zu lassen. Die Nationalstaaten sollen ihre volle Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in allen Bereichen behalten, die nicht konkret der europäischen Ebene übertragen werden.

Die Vollendung der Politischen Union, die durch Maastricht möglich wird, bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten. Die einzelnen Mitgliedstaaten werden um des gemeinsamen Erfolges willen — und damit in ihrem ureigenstem Interesse — Befugnisse, Aufgabenbereiche und politische Souveränitätsrechte übertragen müssen. Für alle Aufgaben, die der EG übertragen werden, muß die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft auch nach der von der CDU gewünschten Erweiterung der EG sichergestellt sein.

Zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung:

- gleichberechtigte Mitwirkung des Europäischen Parlamentes und des EG-Ministerrates an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammer-Systems.
- Neuentwicklung der Zusammensetzung, Struktur und Aufgabenstellung der EG-Kommission.
- Neuregelung der EG-Ratspräsidentschaft, da das gegenwärtige System der halbjährlich rotierenden Ratspräsidentschaft auf Dauer nicht aufrechterhalten ist.
- Überprüfung der Stimmgewichtung im EG-Ministerrat im Hinblick auf die zu erwartende Mitgliedschaft von Finnland, Norwegen, Scheden und Österreich.

Der Vertrag von Maastricht bietet die Möglichkeit, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG zu entwickeln. Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand geschaffene Eurocorps hat sich als ein erfolgreicher Einstieg in die Entwicklung einer europäischen Sicherheitspolitik erwiesen.

Maastricht schafft auch die Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik. Das Verbrechenum hat sich bereits längst vor dem Europäischen Binnenmarkt international organisiert. EUROPOL soll zügig ausgebaut und handlungsfähig gestaltet werden.

Auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gibt es für die CDU keine Aufweichung der Stabilitätskriterien für die gemeinsame europäische Währung, so wie sie im Vertrag von Maastricht festgehalten ist. Wenn die Alternative lautet: Aufweichung der Kriterien oder Hinausschieben des Zeithorizontes, muß der zweite Weg gegangen werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in mehreren wichtigen Reden begründet, daß die Politische Union in besonderer Weise im deutschen Interesse liegt: Deutschland hat in Europa die längsten Grenzen und die meisten Nachbarn. Deutschland ist wie kein anderes Land auf einen freien und intensiven Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in der EG angewiesen.

Es liegt im Interesse Deutschlands, daß Europa nicht wieder vom Sog der Geschichte in das verhängnisvolle Spannungsfeld von Hegemoniestreben einzelner Nationalstaaten und Allianzen aus Gegnerschaft hineingezogen wird. Frieden kann es in Europa nur geben, wenn EG-Europa Stabilitätsanker ist.

Der Vertrag von Maastricht eröffnet die Möglichkeit, schrittweise eine entsprechende Politik umzusetzen. Die CDU erwartet, daß der Sondergipfel im Oktober 1993 hierzu erste weiterführende Beschlüsse faßt.

Beschluß Nr. D5

Der Bundesvorstand der CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die international bestehenden Unterschiede bei den Maschinenlaufzeiten, die zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen führen, beseitigt werden können.

Beschluß Nr. D11

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei Einstellung und Weiterbeschäftigung der bei Bundesbehörden auf dem Gebiet der neuen Bundesländer Beschäftigten im öffentlichen Dienst — insbesondere bei Arbeitsämtern, Oberfinanzdirektionen, Zollbehörden, der Bundesvermögensverwaltung und der Bundesvermögensämter

— sicherzustellen, daß diese überprüft werden und hierbei festgestellt wird, ob sie

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, insbesondere ob sie die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundrechte verletzt haben oder

2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für nationale Sicherheit der DDR tätig waren und ihre Beschäftigung im öffentlichen Dienst deshalb unzumutbar erscheint.

Beschluß Nr. D13

Die CDU Deutschlands bittet den Bundesminister der Finanzen, auf die Vollstreckung von DDR-Zollgebührenbescheiden für Kraftfahrzeuge, die nach dem 9. November 1989 importiert wurden, künftig zu verzichten.

Beschluß Nr. D14

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden aufgefordert, bei der Entwicklung von Bebauungsplänen, bei der Modernisierung und Sanierung sowie bei der Planung des Wohnumfelds, der Grünflächen und Verkehrsflächen die Kriterien zu berücksichtigen, die die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Raum erhöhen.

Darüber hinaus sollten Kommunen verstärkt Aufklärungs- und Beratungsangebote unterstützen, die

a) informieren, wie man/frau sich vor Kriminalität und Gewalt schützen kann, bzw.

b) den Opfern Hilfe und Unterstützung

Kinder aus der Region Tschernobyl erhielten in Rheinland-Pfalz neue Lebensimpulse

„Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Kinder aus dem Gebiet um Tschernobyl, die nach wie vor einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt sind, einmal im Jahr für eine kurze Zeit nach Rheinland-Pfalz zu holen“, so der Sprecher der CDU-Ratsfraktion Kirchen, Hans Schölzel.

Die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr hätten gezeigt, daß die Kinder durch ihren Aufenthalt in Deutschland neue Lebensimpulse erhielten. In Zusammenarbeit mit der Regionalgruppe Siegen-Olpe-Wittgen-

stein „Ärzte in sozialer Verantwortung“ hatte der CDU-Ortsverband Kirchen den jungen Ukrainern ein paar schöne Stunden bereiten können. Die Welle der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und der Behörden, von allen Seiten seien Einladungen, Sach- und Geldspenden gekommen, mache Mut, die Aktion auch in den folgenden Jahren wieder durchzuführen, so der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Kirchen, Bernhard Böhmer.

Als besonders positiv bewertete die CDU Kirchen die zahlreichen Kontakte, die im Sinne der Völkerverständigung von großer Bedeutung seien.

bei der Bewältigung der Opfererfahrung anbieten.

Beschluß Nr. D41

Der 4. Parteitag fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, daß kinderreiche Familien auch künftig zu besonderen Tarifen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn benutzen können.

Beschluß Nr. D43

Sendeverpflichtung für Wahlsports der Parteien

Die CDU spricht sich für die Beibehaltung der Sendeverpflichtung der Rundfunkanstalten von Wahlsports der Parteien aus. Der Bundesfachausschuß „Medien“ wird beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie unter Beibehaltung der

derzeitigen Sendeverpflichtung (etwa durch Konkretisierung der bestehenden Regelungen) die Kontrolle von Wahlsports rechtsradikaler Parteien verbessert werden kann.

Beschluß Nr. D46

Völkermord in Bosnien-Herzegowina und Südosteuropa

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit ihren Partnern Vorkehrungen dafür zu treffen, daß im Krieg in Bosnien-Herzegowina und Kroatien Aggressionen, Vertreibungen und gewalttätige Eroberungen nicht belohnt werden und daß dieser Krieg endlich beendet wird. Ebenso wird die Bundesregierung aufgefordert, ihre Hilfen für die notleidenden Menschen in den Kriegsgebieten zu verstärken.

Erfahrungen im Umgang mit einer Geschichte, die „noch qualmt“

Nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause beginnt für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ die Behandlung der Themenfelder „Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik“, „Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur“ sowie „Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands“.

Parallel dazu wird sich die Enquete-Kommission zunehmend der Aufgabe zuwenden, die Ergebnisse ihrer Arbeit zusammenfassend zu bewerten. Dabei wird sie neben den Protokollen der öffentlichen Anhörungen auch die mehr als 100 wissenschaftlichen Expertisen auswerten, die sie in Auftrag gegeben hat. Alle diese Texte werden in dem Bericht einfließen, den die Enquete-Kommission im Sommer des nächsten Jahres dem Plenum des Deutschen Bundestages vorzulegen hat.

In dieser Situation ist es gut, sich über folgende Fragen Rechenschaft abzulegen: Was wurde bisher geleistet? Was muß noch geleistet werden? Wird die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ dem Auftrag gerecht werden können, den ihr der Deutsche Bundestag gegeben hat?

Was wurde bisher geleistet?

Die Beschäftigung mit einer noch „qualmenden Geschichte“ nach den parlamen-

tarischen Regeln ist in der Öffentlichkeit mit durchaus kritischen Bedenken begleitet worden. Im Vollzug unserer Arbeit haben wir tatsächlich auch immer wieder erkennen müssen, wie begrenzt unsere Möglichkeiten sind. Die Enquete-Kommission wird auf keinen Fall das endgültige Geschichtsbuch der DDR vorlegen können und wollen. Sie kann jedoch an entscheidender Stelle dazu beitragen, in der Öffentlichkeit das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland als eine politische Auf-

Von Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“

gabe das ganze deutsche Volk noch über lange Zeit beschäftigen wird.

Diese Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland hat in der Arbeit der Enquete-Kommission schon jetzt zu deutlichen Konturen gefunden. Es wird darum gehen, immer wieder aufzuzeigen, daß der Herrschaftsanspruch der SED-Diktatur in der DDR tatsächlich alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens in der DDR erreichte und verformte. Aber nicht nur die Menschen in den neuen Ländern sehen sich vor der Aufgabe, sich mit ihrem Verhalten in den vierzig Jahren der SED-Diktatur politisch, moralisch, wissenschaftlich und auch ganz persönlich auseinanderzusetzen. Die SED-Diktatur als zweite Diktatur auf deutschem Boden konnte auch die Menschen im Westen nicht unberührt lassen. Dabei spielten

nicht nur die verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen über die Grenzen hinweg eine große Rolle. Auch im Bereich der Politik konnte niemals davon abgesehen werden, daß es diesen „ersten Arbeiter- und Bauern-Staat“ auf deutschem Boden gab, wie die SED-Führung ihren Machtbereich gerne nannte. Die Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur muß deshalb als eine gesamtdeutsche Aufgabe begriffen werden, die niemanden unverändert lassen wird. Wir dürfen uns diesem Prozeß nicht entziehen, so anstrengend und schmerzlich er auch noch sein mag, wollen wir nicht unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder verspielen.

In den rund neun Monaten, die der Enquete-Kommission jetzt noch für die Erfüllung ihres Auftrages verbleiben, wird die Erarbeitung des Berichts an das Plenum des Deutschen Bundestages im Mittelpunkt stehen. Um einen gewissen Eindruck vom Ausmaß dieser Arbeit zu vermitteln, möchte ich hier nur erwähnen, daß die Protokolle der Anhörungen und die in Auftrag gegebenen Expertisen einen Umfang von etwa 15.000 Seiten erreichen werden. Diese müssen nicht nur in den Berichterstattergruppen gelesen, sondern auch verarbeitet und zu politischen Bewertungen und Schlußfolgerungen verdichtet werden. Die Enquete-Kommission wird diese Arbeit nur leisten können, wenn sie eindeutige Prioritäten setzt, sich nicht dem Zwang zu einer mechanischen Vollständigkeit aussetzt und den Mut beweist, Lücken zuzulassen.

Wird die Enquete-Kommission ihrem Auftrag gerecht werden können?

Überall da, wo viele Menschen von sehr unterschiedlicher Prägung über einen längeren Zeitraum hinweg zusammenarbei-

ten, gibt es selbstverständlich auch Konflikte. Diese wirken produktiv, wenn sie sich an der Sache orientieren, um die es geht. Auch die Enquete-Kommission ist von solchen Auseinandersetzungen nicht freigeblieben. Diese müssen aber auch als Ausdruck des hohen persönlichen und politischen Engagements verstanden werden, das die Mitglieder in die Arbeit einbringen.

Es geht um unser aller gemeinsame Zukunft

Gewiß wird die Enquete-Kommission im ersten Anlauf nicht alle Erwartungen erfüllen können, die insbesondere von der Seite der Opfer her in sie gesetzt werden. Aber sie kann und wird, gerade weil sie von der Beurteilung von Einzelfällen prinzipiell absieht, doch maßgeblich dazu beitragen, daß der einzelne seine Situation exakter zu erfassen vermag. Justiz, Wissenschaft und auch die Politik werden auch in Zukunft mit der „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ beschäftigt sein. Die Enquete-Kommission, das kann schon heute gesagt werden, wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, diese Tatsache im öffentlichen Bewußtsein festzuhalten. Mit ihrer Arbeit, die ganz wesentlich eine aufklärende und weniger eine anklagende ist, trägt die Enquete-Kommission in entscheidender Weise dazu bei, das Zusammenleben der Menschen im wiedervereinigten Deutschland zu fördern. Die Aufarbeitung des Vergangenen versachlicht die Maßstäbe für die Zukunftsplanung.

Ich möchte mir wünschen, daß sich die Öffentlichkeit insgesamt, aber auch möglichst viele einzelne Bürger auch weiterhin kritisch an der Arbeit der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ beteiligen. Es geht um unser aller gemeinsame Zukunft. ■

Lieferbare Publikationen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

● Schriftenreihe Argumente:

„Kompetent Zukunft gestalten“
Beiträge der „Gruppe der Frauen“ in
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu
aktuellen Themen (April 1993)

● Schriftenreihe Dokumente:

„Die Union und der 17. Juni 1953“
Vier Jahrzehnte Ringen um die Einheit
Deutschlands in Frieden und Freiheit
(September 1993)

● Schriftenreihe Zeitthemen:

„Wirklichkeit und Wahn des realen
Sozialismus“
Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
durch eine Enquete-Kommission des
Deutschen Bundestages (Juni 1993)
„Wege in die Welt von morgen“
Antworten der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion auf technologische, ökolo-

gische und soziale Herausforderungen
(September 1993)

● Schriftenreihe Bürger- information:

„Der Vertrag von Maastricht“
Fragen und Antworten zur Europäi-
schen Union (April 1993)

● Arbeitsbericht 1991/92 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Tonbandkassette (Schutzgebühr 5 DM):
„Unser Weg zur deutschen Einheit“
Tondokument 1989 bis 1990.

Bestellungen an:

CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dokumentation
Bundeshaus, 53113 Bonn
Telefon (02 28) 16-90 03
Telefax: (02 28) 16-8 60 68.

Deutsch ist Arbeitssprache in der EG-Kommission

Deutsch ist ab sofort dritte Arbeits- sprache in der EG-Kommission.

Das hat der Vorsitzende des CDU-
Bundesfachausschusses Europapolitik
und stellvertretende Vorsitzende der
EVP-Fraktion im Europäischen Parla-
ment, Bernhard Sälzer, in Bonn bestä-
tigt. Damit setze sich eine Forderung
von Bundeskanzler Helmut Kohl vom
vergangenen Jahr auf ganzer Linie
durch.

Die Beamten der EG-Kommission
können nun neben Englisch und Fran-

zösisch auch Deutsch als Arbeitsspra-
che verwenden. Insbesondere für die
mittelständischen Betriebe in Deutsch-
land, die sich oft keine eigenen Über-
setzer leisten können, bringt die Ent-
scheidung der Kommission große Vor-
teile. Sie ermöglicht nun einen erheb-
lich besseren Zugang zu Informatio-
nen der Kommission.

Die offiziellen Dokumente der Euro-
päischen Gemeinschaft werden auch
weiterhin in allen neun Amtssprachen
veröffentlicht.

**Reinhard Göhner (Hrsg.):
Freiheit und Verantwortung.
Olzog Verlag, München 1993.
18,— DM**

Die CDU Deutschlands bereitet ein neues Grundsatzprogramm vor. Sie legt hierbei ihre geistigen und historischen Grundlagen dar, formuliert neue Ziele und konkrete Lösungen für eine freie und verantwortliche Gesellschaft. Über 800 international geladene Gäste aus allen Bereichen von Wirtschaft und Politik, Gesellschaft, Kultur und Kirchen kamen im Juni 1993 zum Grundsatzforum nach Bonn. Dabei wurde der Entwurf für das neue Grundsatzprogramm kontrovers diskutiert. Der jetzt gedruckt vorliegende Band enthält sowohl Beiträge der Referenten als auch den Entwurf für das neue Grundsatzprogramm.

Das Buch enthält Beiträge von:

Hans Bertram	Hans-Jürgen Papier
Hermann Lutz	Steffen Heitmann
Norbert Blüm	Anton Pfeifer
Wilfried Martens	Johannes Hempel
Petra Gerster	Hans-Peter Repnik
Tyll Necker	Peter Hintze
Michael Geuenich	Rupert Scholz
Claudia Nolte	Horst von Holleben
Reinhard Göhner	Christa Thoben

Reinhard Göhner (Hg.)

Freiheit und Verantwortung

Petra Gerster
Karl Lehmann
Hermann Lutz
Wilfried Martens
Tyll Necker
Hans-Ludwig
Zachert
u. a.

Das CDU-Grundsatzprogramm
kontrovers diskutiert

Norbert Blüm
Peter Hintze
Helmut Kohl
Rupert Scholz
Klaus Töpfer
Matthias Wissmann
u. a.


OLZOG VERLAG

Renate Köcher	Rita Wachbüsch
Klaus Töpfer	Karl Lamers
Helmut Kohl	Matthias Wissmann
Arnold Vaatz	Karl Lehmann
Kaci Kullmann-Five	Christian Wulff
Hans-Ludwig Zachert	

Kurskorrekturen für Mensch und Natur

Unter diesem Reihentitel hat die Junge Union zwei Broschüren herausgebracht, die je den Beschluß des JU-Bundesvorstands zu einem Umweltpolitischen und Abfallpolitischen Programm enthalten. Die einzelne Broschüre kostet 1 DM.

Bestellung an: Junge Union, Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 11, Telefax (02 28) 38 45 20.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Wir bekämpfen das Verbrechen

Mit einem Fünf-Punkte-Programm wird die CDU das Verbrechen in Deutschland energisch bekämpfen. Wir fordern:

1 Mehr Sicherheit durch mehr Polizei auf den Straßen

2 Polizei muß Verbrecher jagen statt Papierkrieg führen

3 Handtaschenraub, Wohnungseinbruch, Autodiebstahl dürfen nicht als Kavaliersdelikt durchgehen

4 Der Polizeidienst muß attraktiver werden

5 Schärfere Bekämpfung der organisierten Kriminalität durch internationale Zusammenarbeit

Peter Hintze, CDU-Generalsekretär: »Im Kampf gegen die wachsende Kriminalität ist es fünf vor Zwölf. Für die CDU ist dies neben der Wirtschaftspolitik die wichtigste Aufgabe des Staates in den nächsten Monaten. Hier wird sich zeigen, wer die Sorgen und Nöte der Bürger wirklich ernst nimmt.«



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

29/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.